

Immer weniger Bankmitarbeiter

Zahl sinkt auf 609.100 – Unzufriedenheit bei Beratern hoch

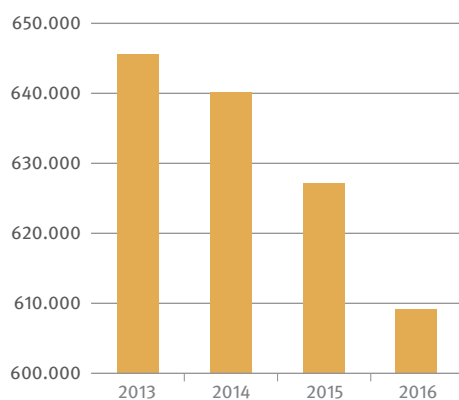
Die Anzahl der Mitarbeiter bei Banken und Sparkassen nimmt stetig ab. Abzulesen ist dies an der Erhebung, die der Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes (AGV Banken) jährlich veröffentlicht. Zum Jahresende 2016 waren demnach 609.100 Mitarbeiter im deutschen Kreditgewerbe beschäftigt. Damit setzt sich der seit Jahren anhaltende Personalabbau mit erhöhter Dynamik fort (-2,9%). Im Vorjahr war die Beschäftigtenzahl um 2,1 Prozent auf 627.150 Angestellte gesunken.

Der fortschreitende Stellenabbau geht einher mit einer hohen Unzufriedenheit vieler Mitarbeiter. Darauf lässt eine zweite aktuelle Umfrage schließen, die die NFS Netfonds unter festangestellten Anlageberatern durchgeführt hat. 67 Prozent davon arbeiten bei Genossenschaftsbanken, 15 Prozent bei Sparkassen, die übrigen bei Großbanken oder Privaten Bankhäusern. Die Ergebnisse der Umfrage müssen zwar vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die NFS als Haftungsdach unzufriedenen Bankberatern die Selbstständigkeit schmackhaft machen will. Trotzdem lässt die Umfrage aufhorchen. 96 Prozent der Berater bestätigen, dass der Zinsverfall ihr Haus vor Ertragsproblemen stellt. 92 Prozent der Angestellten gehen von weiteren Filialschließungen aus. Auch für ihre konkrete Arbeit sehen sich die meisten

Berater Herausforderungen gegenüber: 37 Prozent empfinden ihre Vertriebsvorgaben als streng. 36 Prozent fühlen sich von den vertriebslichen Vorgaben unter Druck gesetzt.

Höhere Ansprüche stellen viele Berater aber nicht nur auf Unternehmens-, sondern auch auf Kundenseite fest. 71 Prozent der Berater bemerken, dass Kunden immer mehr Transparenz einfordern. Vor diesem Hintergrund wünschen sich 82 Prozent Verbesserungen für die Kundenberatung. Ganz oben auf der Wunschliste stehen neue Vertriebsideen statt strikter Vertriebsvorgaben. **DZB**

Anzahl Beschäftigte im Kreditgewerbe



Stand: 31.12.16; Quelle: AGV Banken

Überprüfung bei Kreditderivaten verlängert

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) hat den Zeitraum für ihre intensive Prüfung der Vertriebspraxis bei den sogenannten „Bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen“ bis Ende September verlängert. Bei den Wertpapieren, deren Rückzahlung von der Solvenz der abgebildeten Referenzunternehmen abhängt, war im vergangenen Jahr ein Vertriebsverbot erwogen worden. Es wurde dann aber ausgesetzt, nachdem Bankenverbände einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Sicherung des Anlegerschutzes bei Emission und Vertrieb der Papiere vorgelegt hatten.

Dabei hatte die Bafin angekündigt, wäh-

rend einer halbjährigen intensiven Beobachtungsphase zu überprüfen, wie sich die angekündigten Maßnahmen in der Praxis bewähren. Da die Emittenten erst im April dieses Jahres die Emissionsaktivitäten wieder aufgenommen hätten, werde die Prüfungsphase nun verlängert, teilte die Bafin mit. Verstöße gegen die Selbstverpflichtung der Branche seien bislang aber nicht festgestellt worden. Zu den zum Jahreswechsel eingeführten neuen freiwilligen Regeln gehören unter anderem verbesserte Unterlagen zur Produkterklärung, ein erhöhter Mindestanlagebetrag und der Verzicht auf besonders risikoreiche Emissionen. **DZB**

Veranstaltungen



Roadshow mit Vontobel zum Thema „Anlagefavoriten für 2018“



Montag, 11. September – München
Dienstag, 12. September – Stuttgart
Mittwoch, 13. September – Düsseldorf
Donnerstag, 14. September – Hamburg
Montag, 18. September – Frankfurt am Main

Citi Quartalstalks



Kommentierter Blick auf die jüngsten Quartalszahlen und Reaktionen darauf an den Märkten sowie spannende Produktideen mit Christine Romar von der Citigroup

28. November, 16 Uhr

IKB Konjunktur- und Zinsausblick 2018



Volkswirtschaftliche Analysen und aktueller Ausblick auf die konjunkturelle Situation und die Zinsmärkte in Deutschland, Europa und der Welt mit Experten der IKB

21. November, 16 Uhr

Alle Daten und Registrierung:
www.zertifikateberater.de/webinar
Die Teilnahme ist für Abonnenten kostenlos

Mifid-Kongress Die von der Börse Stuttgart veranstaltete ganztägige Fachtagung zu Regulierungsthemen findet am 8. November in der Stuttgarter Liederhalle statt. Eröffnungsredner ist der stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments Markus Ferber (CSU). Als weiteres Schwerpunktthema neben dem Start von Mifid II werden die Herausforderungen zwischen Regulierung und Digitalisierung diskutiert. Info: boerse-stuttgart.de/Veranstaltungen

Börsentage Im Spätsommer beginnt wieder die Zeit der Börsentage. In mehreren Städten können sich Privatanleger und Berater wieder über Geldanlagen informieren: Am 16. September in Stuttgart, am 7. Oktober in Berlin, am 14. Oktober in Nürnberg und am 28. Oktober in Köln. Informationen zu Öffnungszeiten und Programm unter anderem auf www.die-boersentage.de

Urteile & Aktuelles

Whistleblower ● Im Juli 2016 hat die Bafin eine sogenannte Hinweisgeber-Stelle eingerichtet, an die sich Personen mit besonderem Wissen zu Unternehmensinterna (Wistleblower) wenden können, wenn sie Missständen im Finanzsektor melden wollen. Ihre Identität wird dabei geschützt. Seitdem sind knapp 400 Hinweise dort eingegangen, meldet die Bafin jetzt. Einige Hinweise hätten dazu beigetragen, aufsichtsrechtliches Fehlverhalten aufzudecken. Diesen Informationen ist die Bafin nachgegangen und hat bereits aufsichtsrechtliche Maßnahmen eingeleitet. Allerdings habe sich auch gezeigt, dass es für Hinweisgeber schwer zu beurteilen ist, welche Informationen von Bedeutung für die Aufsicht sind.

Bausparkassen ● Ein Grundsatzurteil zu Bausparverträgen mit Bonuszinsen ist erst einmal vom Tisch. Die BHW hat in einem entsprechenden Fall einen Vergleich mit dem Kläger geschlossen. Somit wird der BGH nicht eingeschaltet. Bereits im Februar hatte der BGH geurteilt, dass die Vertragskündigung von Bausparkassen rechtmäßig ist, wenn die Kunden gar nicht vorhätten, ein Darlehen aufzunehmen, obwohl der Vertrag seit zehn Jahren zuteilungsreif ist. Allerdings war damals von möglichen Ausnahmen für Verträge mit Bonuszinsen die Rede. Die BHW rechnete im konkreten Fall Bonuszinsen in die Ansparsummen mit ein, sodass diese damit „erreicht“ waren. Das OLG Celle widersprach dieser Vorgehensweise. Eine Bestätigung vom BGH wird es nach dem Vergleich der BHW jetzt nicht geben.

Negativzinsen ● Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg klagt gegen die Kreissparkasse Tübingen. Gegenstand ist der Riester-Sparplan „VorsorgePlus“. Zum einen greifen die Kläger eine ihrer Ansicht nach rechtswidrige Klausel zur Zinsanpassung darin an. Es werde ein Referenzzins angeführt, der nicht klar ausgewiesen sei. Zum anderen hält die Verbraucherzentrale die Grundverzinsung von derzeit -0,5 Prozent für rechtswidrig. Eine negative Verzinsung sei mit dem Grundgedanken einer Geldanlage nicht vereinbar. Nun muss das LG Tübingen entscheiden.

Mehr Spielraum für Vermögensverwalter

EuGH: Vermittler von VV-Verträgen brauchen keine KWG-Lizenz

Vermögensverwalter könnten zukünftig deutlich einfacher an neue Kunden kommen. Der europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 14. Juni entschieden, dass die Vermittlung von Vermögensverwaltungsverträgen nicht mit einer Anlagevermittlung gleichzustellen ist. Damit benötigen Finanzdienstleister, die Verträge zur Portfolioverwaltung vermitteln, keine Erlaubnis nach dem Kreditwesengesetz (KWG) mehr.

Das oberste europäische Gericht widerspricht mit diesem Urteil der bisherigen Verwaltungspraxis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin). Diese hatte bislang argumentiert, mit dem Abschluss eines Vermögensverwaltungsvertrags gehe die Entscheidungsgewalt hinsichtlich des Erwerbs von Finanzinstrumenten auf den Verwalter über. Und damit bestehe kein wesentlicher Unterschied zur Vermittlung eines Finanzinstruments.

„Für Vermögensverwalter hat das Urteil des EuGH enorme Bedeutung für die Gewinnung neuer Kunden“, erklärt Philipp Hendel von der Münchener Kanzlei Dr. Roller & Partner Rechtsanwälte. Gleichzeitig spricht Hendel eine Warnung aus. Bei aller Freude gäbe

es auch in Zukunft einige Fallstricke zu beachten. Bei der Zuführung von Kunden in die Vermögensverwaltung dürfe auch weiterhin die Grenze zur Anlageberatung nicht überschritten werden. Dies könne beispielsweise dann der Fall sein, wenn über einzelne Finanzinstrumente gesprochen wird, schreibt Hendel im Private Banking Magazin.

Auch die Abgrenzung zur Vermögensverwaltung müsse weiterhin gewahrt bleiben. In der Praxis komme es nicht selten vor, dass der Vermittler selbst Aufgaben der Portfolioverwaltung übernimmt, so Hendel. Legt der Vermittler mit dem Kunden beispielsweise eine Anlagestrategie fest, so werde dies bereits als eine Leistung der Vermögensverwaltung gewertet. Zudem sei es schon heute untersagt, dass der Vermögensverwalter den Vermittler für die Kundenzuführung vergütet – es sei denn, durch diese Maßnahme wird die Dienstleistung für den Kunden verbessert. Mit der ab Januar 2018 gültigen Mifid-II-Richtlinie wird diese Anforderung nochmals verschärft. Bei der Ausgestaltung der Vergütung ist nach Einschätzung von Philipp Hendel deshalb ganz besondere Vorsicht geboten. *DZB*

Aufzeichnungspflicht auch für 34f-Vermittler

Die Mifid-II-Richtlinie ist derzeit das bestimmende Thema in der Finanzbranche. Unabhängige Finanzanlagenvermittler mit einer Erlaubnis nach § 34f Gewerbeordnung sind davon zunächst nicht betroffen. Einige der neuen Regeln müssen künftig aber auch sie befolgen. Besonders belastend könnte dabei die sogenannte Taping-Pflicht werden. Mifid II schreibt eine Aufzeichnung und Archivierung von Telefongesprächen und elektronischer Kommunikation mit Kunden vor, die zu einer Order führen könnten. Vielen Beratern bereitet gerade das Kopfzerbrechen. Laut Rechtsanwalt Norman Wirth ist mit dem Umsetzungsgesetz zur Versicherungsvertriebsrichtlinie (IDD), das der Bundestag im Juni verabschiedet hat, der Grundstein gelegt, dass auch für 34f-Vermittler eine Aufzeichnungspflicht eingeführt wird.

Dazu müsste eine entsprechende Einarbeitung in der Finanzanlagenvermittlungsverordnung (FinVermV) erfolgen. In einem ersten Schritt dazu werde nach dem Beschluss zur IDD jetzt die Ermächtigungsgrundlage für diese Verordnung in § 34g ergänzt. Dort wird der Zusatz aufgenommen: „(...) sowie die Pflicht des Gewerbetreibenden, telefonische Beratungsgespräche und die elektronische Kommunikation mit Kunden in deren Kenntnis aufzuzeichnen und zu speichern.“ Die konkrete Ausgestaltung wird aber erst der neuen FinVermV zu entnehmen sein. Der Entwurf dazu soll Medienberichten zufolge nicht vor Mitte September veröffentlicht werden. Möglich ist deshalb, dass die Mifid-II-Vorgaben für 34f-Vermittler nicht gleich zum Start der neuen Richtlinie im Januar 2018, sondern erst später gelten. *DZB*